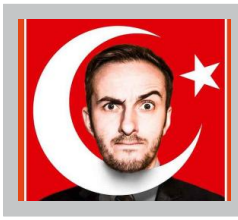
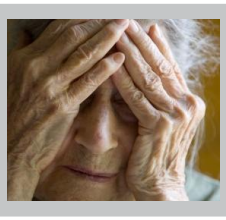
Wir

Älteren in den Gewerkschaften in Bremen und Bremerhaven

Nr. 28 - 2016



Imaginieren des Bösen
Seite 6



Rente mit 73?
Seite 13

CETA, TTIP und kein Ende?
Seite 24

... nur wenn es sich rechnet?

Liebe Leserin, lieber Leser,

Editorial

rechtzeitig zum 1. Oktober – dem internationalen Tag der Generationen – hier die neue WIR. Auch dieses Mal haben wir uns bemüht, eine bunt gemischte Zeitung zu erstellen, die gut zu lesen ist und Anlässe zum Weiterdenken gibt.

Wir haben diesmal drei Schwerpunkte. Die wieder aktuelle Diskussion um Geflüchtete vergleichen wir mit den „Gastarbeitern" aus den 60er Jahren, wir behandeln die besondere Rolle der Türkei und unsere ‚Korrespondentin' hat uns aus Italien geschrieben.
Großen Raum nimmt diesmal Internationales ein: Darunter sind Artikel über Ghana, Griechenland und Panama sowie Glückwünsche zu Fidels 90. Geburtstag.
Unser dritter Schwerpunkt leitet über zum Motto des diesjährigen Generationentags: Altersarmut per Gesetz – Solidarische Rente jetzt.

Mitglieder unserer Redaktion werden am 1. Oktober ab 14 Uhr auf dem Hanseatenhof an den Ständen der Gewerkschaften dabei sein. Vielleicht treffen wir uns?

Wie immer freuen wir uns über Anregungen, Kritik und Briefe.

Einen schönen Herbst wünscht die Redaktion.

In eigener Sache: Alle Ausgaben der WIR sind im Internet als PDF-Dateien einsehbar unter www.aulbremen.de/seniorenzeitung-wir

Inhalt

Weiß ich, was ein Mensch ist? 3
Deutsches Türkeibild: Imaginieren des Bösen 6
Holsteiner Straße: Wir wollen bleiben 10
Notizen aus Norditalien 12
Rente mit dreiundsiebzig? 13
Wer Rentner quält, wird nicht gewählt 14
IG Metall Bremen - Tarifrunde 2016 15
Industrie 4.0 - Schlüsseltechnologie: RFID 16
A letter from Ghana 17
Fidel Castro ist 90 19
Schülerprojekt: Erinnern für Toleranz 20
Glosse: Oh, wie schön ist Panama 22
TTIP, CETA und kein Ende? 24
Buchtipp: „Krieg der Erinnerungen" 27
Leserbriefe, Impressum 27
Internationaler Tag der älteren Generation 28

Einweisung italienischer „Gastarbeiter" in die bewachten Massenunterkünfte des VW-Werks (es waren zynischer Weise die gleichen (renovierten) Baracken, in denen ab 1941 die italienischen Zwangsarbeiter (sog. Militärinternierte) gesteckt wurden

Weiß ich, was ein Mensch ist?

Über die Praxis der Einwanderungsgesellschaft

Manfred Weule

Es liegt kaum ein Jahr zurück, da spielten sich in Deutschland bewegende Szenen ab: Flüchtlinge wurden mit Applaus begrüßt, selbst Bürger, die sich bis dahin so gut wie nie engagiert hatten, brachten Geschenke.Verschwunden waren die Debatten über „Asylmissbrauch" und „Scheinasylanten". Selbst die Bildzeitung kannte plötzlich keine illegalen Wirtschaftsflüchtlinge, vor denen Deutschland seine Grenzen schützen müsse, sondern berichtete über die Betroffenen, ihre Schicksale und Notlagen.

Außergewöhnliche Hilfsbereitschaft kannte man in Germany zwar auch schon vorher, z. B. im Rahmen der Tsunami-Katastrophe (2004) und dem Elbehochwasser (2013). 2015 aber sorgten hunderttausende Verzweifelte, die sich über halbe Kontinente und tödliche Mittelmeerpassagen hinweg, nur mit Plastiktüten bewehrt, vorbei an Durchgangslagern, genötigt von Schleppern, Grenzschützern, Polizei und Beamtenapparaten, geschleppt hatten, dafür, dass Hilfsbereitschaft und Wohltätigkeit in Deutschland zu einem Massenphänomen wurde.

Hilfsbereitschaft aber ist nicht gleichzusetzen mit Solidarität. Auch wenn es Solidarität selten ohne Hilfsbereitschaft gibt. Als Einstellung und Ausdruck einer politischen Haltung, z. B. in Bezug auf das Menschenrecht, globale Bewegungsfreiheit, Asylrecht und/oder die aktive Bekämpfung der Fluchtursachen, geht Solidarität aber weiter.

Diese neue deutsche Offenheit und Hilfsbereitschaft blieb nicht lange ohne Widerspruch. In Folge täglicher Anschläge auf Flüchtlingswohnheime und dem fremdenfeindlichen und teilweise offenen rassistischen Geschrei der Rechtspopulisten, die den Zuzug reglementieren wollen, legte sich die Euphorie schnell wieder und mit ihr die Willkommenskultur. Mit dazu beigetragen hat nicht zuletzt die unsägliche mediale Stimmungsmache in Bezug auf die Ereignisse der Kölner-Silvesternacht. Der Druck der Straße und der Skandallogik der Medien unterstützte auch die vorherrschenden Ressentiments innerhalb der deutschen Parteienlandschaft, die die Reaktionen der Straße als Steilvorlage nutzten.

Im Einklang mit anderen europäischen Staaten und der EU waren die Schließung der Balkanroute, die Abriegelung der Ägäis, der Erdogan-Türkei-Deal und milliardenschwere Sondierungsgespräche über „sichere Rückkehrstaaten" bzw. weitere Aufnahmeländer eine schnell beschlossene Sache.

Der Kampf gegen Flüchtlinge wurde und wird aber nicht nur mit außenpoliti-

schen Mitteln geführt, er wird auch innenpolitisch geführt. Besonders breitbeinig in der Landschaft stehen im Kontext diverse Bestimmungen wie z.B. die Einschränkung der Bewegungsfreiheit, Zuweisung von Wohnorten, die Vorrangprüfung, das Wort Integration und das Integrationsgesetz. Letzteres hat dabei mit Integration „ungefähr so viel zu tun, wie die Agenda 2010 mit dem Ausbau des Sozialstaats“, so Claudius Voigt von der Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender (GGUA).

Im Kern besteht das Gesetz aus Selektion, Disziplinierung, Sanktionierung und Verwertung. Wer sich einmal die Mühe macht, das Integrationsgesetz (z.B. unter: www. ggua-projekt.de), bzw. die den Zugewanderten auferlegten Verpflichtungen zu lesen, stößt nicht nur auf das bekannte Motto der Agenda 2010 „fördern und fordern“, sondern auch auf sprachliche Muster, die an das Fremdarbeitergesetz aus den Anfängen des 20. Jahrhunderts und den politischen Debatten um die Anwerbung von „Gastarbeitern“ der 1960 Jahre erinnern (siehe Kästen unten und rechts).

Geht es nach Rechnung des IFO, des deutschen Instituts für Wirtschaftsforschaung, so stünden dem Staat, nach Startkosten von 20.000 Euro pro Flüchtling im Jahr 2015, weitere Kosten von 150 bis 250 Milliarden Euro ins Haus.

1962, Ankunft der ersten italienischen „Gastarbeiter“ in Wolfsburg .

1940, Titelseite der Lager-Zeitung, der Schein von Kameradschaft und Gleichstellung trügt, die sogenannten faschistischen „Arbeitskameraden“ waren von Beginn an systematisch als Niedriglöhner und Handlanger beim Aufbau des Volkswagen-Werks eingesetzt. Ab 1941 wurden sie als „Militärinternierte“ zur Zwangsarbeit verdonnert.

Eine Stimme vor 1933

„Es ist fraglos, dass die deutsche Volkswirtschaft aus der Arbeitskraft der im besten Alter stehenden Ausländer einen hohen Gewinn zieht, wobei das Auswanderungsland die Aufzuchtskosten bis zur Erwerbstätigkeit der Arbeiter übernommen hat. Von noch größerer Bedeutung ist jedoch das Abstoßen oder die verminderte Anwerbung der ausländischen Arbeiter in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges. Die ausländischen Tagelöhner zeigen die größere Bereitwilligkeit, grobe und schwere Arbeiten zu übernehmen, als die auf höherer Kulturstufe stehenden deutschen Arbeiter. Ihnen sind gewisse Arbeiten vorbehalten, die der deutsche Arbeiter nur mit Widerstreben ausführt. (…)

Das Abstoßen dieser Arbeit auf die Ausländer bedeutet keine Entartung, sondern eine in hygienischer Beziehung erwünschte Förderung der Volkskraft.“

Friedrich Syrup, 1918 (ab 1933 Reichsarbeitsminister)

Stellt man die Aussagen von Friedrich Syrup (1918) und von Staatssekretär Kattenstroth (1966) mit den Aussagen, bzw. Prognosen des IFO-Präsidenten Fuest (2016) einmal nebeneinander, so wird deutlich, dass Deutschland die Einwanderungsfrage immer zutiefst mit der Frage verbunden war, ob sich Einwanderung und damit letztlich verbundene humanitäre Hilfe, arbeitsmarktpolitisch oder sozial- und steuerpolitisch in irgend einer Weise lohnt, bzw. sich rechnen muss. Auf den Punkt gebracht, macht die neoliberale Verwertungslogikauch vor Menschen in Not nicht halt. Und wenn es sich nicht irgendwie rechnet für eines der reichsten Länder der Welt, wird dann, egal wie, egal wohin, abgeschoben? Wird dann die von der Politik beschworene Intergrationsbereitschaft – auch wenn keiner so richtig beantworten kann, was damit eigentlich gemeint ist - zur Messlatte in einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, deren Praxis es ist, Millionen ihrer Bürger auszusortieren und zu desintegrieren?

Die aktuelle Zuwanderung, so fürchten die Vertreter des Neoliberalismus, wird ein Zuschussgeschäft. Für sie ist letztendlich die Frage der Humanität eine reine Frage des Geldes. Ihre Logik kannte schon Bertholt Brecht. In seinem Lied der Händler, dem „Song der Ware“, heißt es entlarvend:

Was ist eigentlich ein Mensch?
Weiß ich, was ein Mensch ist?
Weiß ich wer das weiß!
Ich weiß nicht, was ein Mensch ist.
Ich kenne nur seinen Preis.

Während im Kontext der „Gastarbeiterarbeiter-Diskussion“ noch steuer- und rentenpolitisch ein Geschäft gewittert wurde (vgl. 2. Kasten), sorgt sich das IFO heute um die Verwertung, um steuer- und rentenpolitische Vorteile durch die Zugewanderten. Im Gegensatz zu den 1960er Jahren fürchtet sich vor allem Clemens Fuest, Ökonom und Präsident des IFO, dass Zuwanderung für die öffentlichen Finanzen „nur dann ein Geschäft ist, wenn der Zuwanderer, der kommt, mehr verdient als der Durchschnitt, weil Geld immer von oben nach unten verteilt wird“. Seiner Meinung nach ist der ideale Flüchtling 25 Jahre alt und gut ausgebildet. Er verdient überdurchschnittlich gut und wandert mit 65 Jahren in seine Heimat zurück.„Aber ich denke“, so Fuest weiter, “wir sind uns einig, dass es davon nicht viele gibt“.

1938, Die faschistischen Arbeitskameraden - Ankunft der ersten italienischen Fremdarbeiter im KDF-Werk (heute VW) in Wolfsburg

Stimmen nach 1945

„Dabei beschränkten sich die Vorteile der Ausländerbeschäftigung nicht nur auf die Wirtschaft – auch der Staat profitiere davon“, betonte im März 1966 der Staatssekretär im Bonner Arbeitsministerium, Kattenstroth: „So tragen die ausländischen Arbeitnehmer, von denen 90 v. Hundert in bestem Schaffensalter zwischen 18 und 45 Jahren stehen, einerseits erheblich zur Gütervermehrung bei, ohne andrerseits die Konsumgüternachfrage in der Bundesrepublik in gleichem Umfang zu erhöhen.. (…) Hinzu kommt, dass die ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge nach denselben Regeln wie inländische Arbeitnehmer zahlen. Bei dem Lebensalter der ausländischen Arbeitnehmer wirkt sich das z. Zt. vor allem für die deutsche Rentenversicherung sehr günstig aus, weil sie weit höhere Beiträge von den ausländischen Arbeitnehmern einnimmt, als sie gegenwärtig an Rentenleistungen für diesen Personenkreis aufzubringen hat.“ (…) „Man kann hiernach wohl sagen, dass die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte nicht nur für die Wirtschaft selbst einen Gewinn, sondern auch für die Allgemeinheit weitaus mehr Vorteile als Nachteile bringt.“

Imaginieren des Bösen

Das Bild der Türkin und des Türken in den deutschen Medien und der Politik

Orhan Çalışır

In letzter Zeit vergeht kein Tag, wo die Türkei und die Türken in den deutschen Nachrichten nicht mit an vorderster Stellegenannt werden. Angesichts des Putschversuchs der Gülen-Bewegung kann man das auch nachvollziehen. Nur die Nachrichten hören sich nicht wie ganz normale Berichte über einen befreundeten Bündnispartner an, dessen Bürger auch zu Hunderttausenden in Deutschland leben und arbeiten, sondern wie Berichte aus der „Achse des Bösen", die bekämpft und beseitigt werden muss.

Diese Art der Berichterstattung in Deutschland ist nicht neu. Seit den frühen 1970er Jahren wurden die Türken in den Medien immer wieder dämonisiert. Zunächst waren das vor allem die „Gastarbeiter". Hunderttausende Menschen, die im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung als billige Arbeitskräfte nach Deutschland geholt wurden und sehr viel dazu beitrugen, dass Deutschland das wurde, was es heute ist: eines der reichsten Länder der Welt.

In den siebziger Jahren, besonders nachdem türkische Arbeiter 1973 „Wilde" Streiks in vielen Betrieben angezettelt hatten, galten sie in den deutschen Medien als die Anderen. Wir erinnern uns an die rassistischen Schlagzeilen und Bilder mit Fotos unrasierter ungepflegter Türken als Sprecher-Hintergrund im Fernsehen.

Diese Art der Berichterstattung und der Kommunikation über „den Türken" politisch wie gesellschaftlich hat in den letzten sechs, sieben Jahren eine neue Dimension erreicht. Recep Tayyip Erdoğan war anscheinend das lange gesuchte

Harmlose Schmiererei? – Was ist, wenn fremdenfeindliche Parolen vom Rand in die Mitte der Gesellschaft vordringen?

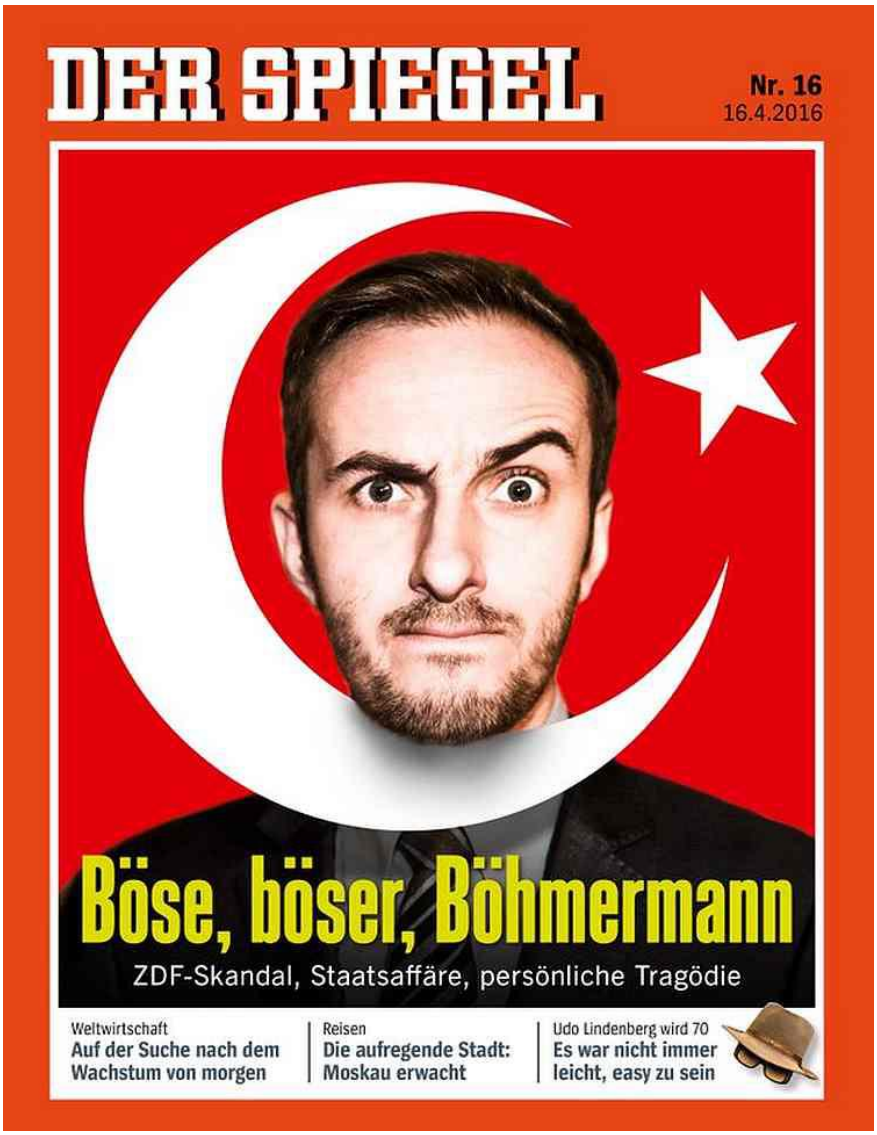
Feindbild, nicht nur in Deutschland, sondern im gesamten Nordeuropa. Für die Medien ersetzte er den ehemaligen irakischen Diktator Saddam Hussein und den ugandischen Diktator Idi Amin zusammen. Eine differenzierte Berichterstattung, wofür sich die Medien hier immer loben, gibt es ganz wenig. Noch schlimmer wird es, wenn durchgehend die Erdoğan-Administration und ihre Politik mit der politisch sehr heterogenen Bevölkerung der Türkei gleichgesetzt werden, obwohl die Hälfte der Gesellschaft gegen Erdoğan stimmt und trotz großer sozialer Bewegungen wie die Gezi-Park-Bewegung 2013, die große Massen politisierte und auf die Straße brachte.

Das Beispiel Böhmermann

Böhmermann hat in seinem sogenannten Gedicht die typischen Begriffe „stinken nach Döner", „Schwein", „Ziegenficker" verwendet, die dafür benutzt werden, um Türken und Muslime rassistisch zu erniedrigen. Böhmermann kritisiert Erdoğan nicht als einen Politiker wegen seiner Taten, sondern greift ihn in seiner ethnischen und religiösen Identität an. Die Beleidigungen, die gegen Erdoğan gerichtet sind, werden seit Jahrzehnten gegen die Türken in Deutschland verwendet: Der türkische Mann schlägt Frauen/Mädchen, unterdrückt Minderheiten, stinkt nach Döner, fickt Ziegen, ein Schweinefurz riecht schöner. Warum der Furz von einem Schwein? Weil dieses Tier im Islam (übrigens auch im Judentum) nicht als rein gilt und nicht gegessen wird. Erdoğan wird über seine Religion angegriffen, nicht wegen seiner Politik.

Man kann das Wort Erdoğan ohne weiteres durch „Türke" oder „Muslim" ersetzen, so kann man Böhmermanns Gedicht auch besser einordnen: rassistische Hetze! Kein Mensch in der ZDF-Redaktion scheint sich darüber aufgeregt zu haben. Scheißen auf den Türken bringt Aufmerksamkeit und Quoten. Auch die Chefredaktion des öffentlich-rechtlichen und so sehr seriösen und renommierten ZDF stellte sich hinter Böhmermann.

Aber es endet nicht mit den Attacken eines drittklassigen Komikers und dessen Unterstützung durch das ZDF, das seit 1961 auch von Türken finanziert wird. Kaum jemand regt sich über diesen offensichtlichen Rassismus im Land der Dichter und Denker auf. Kein Künstler, kein Intellektueller, geschweige denn ein Politiker. Das zeigt auch den politischen Paradigmenwechsel der letzten Jahre in Deutschland. Was mal links und kritisch war, ist in die Mitte gerückt oder völlig verschwunden, die Mitte nach rechts gerückt und rechts nach rechts außen.



Der Halbmond als Guillotine. Auch Der Spiegel bedient sich grober Klischees.

Von vielen wird Böhmermann gelobt, weil er sagt, was andere denken, aber sich nicht trauen in der Öffentlichkeit zu artikulieren. Andere wiederum, wie Mathias Döpfner, Chefschreiber der „Welt", erklärten ihre volle Solidarität mit Böhmermann und übernahmen seine „Thesen", um auch als „Helden der Pressefreiheit" mitangeklagt zu werden.

"Sein Gelöt stinkt schlimm nach Döner,
selbst ein Schweinefurz riecht schöner.
Er ist der Mann der Mädchen schlägt,
und dabei Gummimasken trägt.
Am liebsten mag er Ziegen ficken,
und Minderheiten unterdrücken,
Kurden treten, Christen hauen,
und dabei Kinderpornos schauen.
Ja, Erdogan ist voll und ganz,
ein Präsident mit kleinem Schwanz."

Derselbe Mann hatte übrigens 2010 einen langen Artikel in der „Welt“ geschrieben, wo er den Westen zu einer Art Kreuzzug gegen den Islam aufrief.[1]

Das Beispiel Flüchtlingsabkommen – sich als Opfer darstellen

Nach dem Flüchtlingsabkommen zwischen der Türkei und EU lesen wir fast jeden Tag in den Medien, dass der gesamte Westen eine Geisel, ja ein Opfer Erdoğans bzw. der Türkei sei. Dass das Abkommen ein Handel mit Menschenleben und deshalb absolut verwerflich ist, wurde in der WIR-Zeitung schon geschrieben. Schlagzeilen wie „Knickt die Regierung vor Erdoğan ein?“ oder „Abhängig von Erdoğan“, „Merkel muss mit Ankara Tacheles reden“ verklären nicht nur diesen Deal, sondern reproduzieren den anti-türkischen Diskurs. Jeder Mensch, der politisch nicht blind ist, kann erkennen, wer der eigentliche Gewinner des Abkommens ist: die EU und vor allem Deutschland. Die Türkei ist für viele Flüchtlinge, die alles in ihrer Heimat verloren haben, eine Art Aufbewahrungslager und Erdoğan ist so eine Art Bewacher dieses Lagers.

---

1) www.welt.de/debatte/article11148187/Der-Westen-und-das-hoehnische-Lachen-der-Islamisten.html)

SPIEGEL Titel

Türkische Arbeiter in der Bundesrepublik: „Wenn das so weitergeht, ersaufen wir einfach“

„Die Türken kommen – rette sich, wer kann“

Fast eine Million Türken leben in der Bundesrepublik, 1,2 Millionen warten zu Hause auf die Einreise. Der Andrang vom Bosporus verschärft eine Krise, die in den von Ausländern überlaufenen Ballungszentren schon lange schwelt. Städte wie Berlin, München oder Frankfurt können die Invasion kaum noch bewältigen: Es entstehen Gettos, und schon prophezeien Soziologen Städteverfall, Kriminalität und soziale Verelendung wie in Harlem.

Die Kneipe am Kottbusser Tor war mal echt Kreuzberg, Ecklage, Berliner Kindl, Buletten, Sparverein im Hinterzimmer. Heute rotiert am Buffet der Hammelspieß senkrecht, der Kaffee ist süß und dickflüssig, aus der Musikbox leiert orientalischer Singsang.

Hisar, heißt die Ecke jetzt auf türkisch — das bedeutet Festung — und so

scherläden hängen ausgeweidete Hammel, und überall zeigen Türkenfahnen mit Stern und Halbmond an, daß Kreuzberg hier „Kleen-Smyrna“ ist.

Im Viktoria-Park, wo Maximilian Harden das „Rauschen des Wasserfalls“ vernahm, tönt nun „türk folklor“. Dort ist — „Çimenleri çiğnemek yasaktır“ — selbst das Betreten des Ra-

Hans Joachim Jankus von der Polizeiinspektion Kreuzberg klagt — „plötzlich ohne Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis einfach als Illegale da“.

Die Zahl dieser [illegible]

Der Spiegel, 1973

Die Debatte über die Aufhebung des Visumzwangs für die türkischen Staatsbürger für die EU ist nur ein Theater, das die unfähige Erdoğan-Administration auch mitspielt. Denn nach dem Vertrag von Ankara (1963) und dem Zusatzprotokoll (1971) dürfen die EU-Länder von türkischen Staatsbürgern kein Visum verlangen. Auch dies zeigt, wie die internationalen Verträge missachtet werden, wenn es um Türken und die Türkei geht.

Doppelpass und Herr Augstein: Im Zweifel ein Türkenfeind

Nach der Kölner Demonstration gegen den Putsch und für Erdoğan am 31. Juli 2016 überbieten sich die rechten Politiker bei Strafmaßnahmen gegen die hier lebenden Türken. Besonders eifrig ist z.B. der Berliner Innensenator Frank Henkel. Er will, wie vor vielen Jahren sein Parteikollege Roland Koch, den Türken u.a. verbieten, zwei Staatsbürgerschaften zu haben. Der antitürkische Rassismus dieser Politiker ist uns bekannt.

Aber was ist mit dem Journalisten und Verleger des linksliberalen „Freitag“, Jakob Augstein, los? Er, der bei vielen politischen Diskussionen, wie z.B. bei den Flüchtlingen, eine liberale, weltoffene, in die Zukunft gerichtete Position gegen den politischen Mainstream vertritt, ist plötzlich mit rechten CDU’lern auf einer Linie. Am 4. August 2016 titelte er in „Spiegel“-Online: „Doppelpass für Deutschtürken: Wir haben uns geirrt.“ Der türkenfeindliche Diskurs in Medien und Politik muss auch Jakob Augstein so beeinflusst haben, dass er dieselbe Einstellung übernimmt wie die Zeitung seines Ziehvaters Rudolf Augstein.

Herr Augstein, was ist mit den bürgerlichen Rechten und Freiheiten? Und der Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz? Was ist mit dem Demonstrationsrecht der anders Denkenden, wenn deren Meinung einem auch nicht gefällt? Mir gefallen viele der Slogans der Demonstranten in Köln auch nicht. Ich weiß, dass sie gegen den Putsch in der Türkei, aber viele von ihnen nicht unbedingt für die Demokratie sind, wie ich sie verstehe. Sollen diese Menschen jetzt deshalb ausgebürgert werden? Solche Praktiken kennen wir eigentlich aus Diktaturen.

Hier ein paar kleine Informationen

Zweistaatlichkeit ist kein Privileg, sondern ein Recht für Menschen, die von einem Land in ein anderes Land ausge-

50 Jahre Türken in Deutschland: Eine Erfolgsgeschichte

Karikatur: aus einem Schulbuch für Gemeinschaftskunde und Wirtschaft an Gymnasien (Baden-Württemberg).

wandert sind. Zum Beispiel haben auch viele Europäer und Deutsche zwei Staatsangehörigkeiten, manchmal auch wenn sie nicht ausgewandert sind. Die doppelte Staatsbürgerschaft in Deutschland wird nur im Zusammenhang mit den Türken zu einem Problem gemacht. Ist das nicht etwas merkwürdig?

Übrigens, das Recht auf Zweistaatlichkeit haben nur Kinder türkischer Bürger, die nach 2000 hier geboren wurden. Die anderen Kinder müssen nach der Optionspflicht zwischen 18 und 23 Jahren einen ihrer Pässe abgeben. So eine Art Demütigung für die jungen Menschen! Sie sollen nicht nur die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen, sondern auch einen Teil ihrer Identität leugnen. Die übrigen Türken mit zwei Pässen sind mehr oder weniger Ausnahmen. Dass nicht alle Türken zwei Pässe haben dürfen, ist wiederum eine Ausnahme unter den Migranten. Für andere Einwanderer, bis auf manche aus der sogenannten 3. Welt, ist das in Deutschland kein Problem und wird auch nicht zum Politikum gemacht.

Auf dem Rasen ein Meister des Doppelpasses. Im realen Leben hingegen musste z. B. auch ein Mesut Özil seine türkische Staatsangehörigkeit aufgeben, um einen deutschen Pass zu erhalten.

Schaffung eines bösen Anderen, um sich selbst als Gute zu definieren

Im herrschenden Diskurs steht der Türke (und Muslim) für Gewalttätigkeit, Grobheit, Unterdrückung der Frau, Aggressivität und ist archaisch, Antidemokrat, verheiratet seine Töchter mit Zwang. Dagegen steht der Deutsche bzw. der Nordeuropäer für Friedlichkeit, Feinheit, Geschlechtergleichheit, Modernität, Demokratie – und selbstverständlich erzieht er seine Kinder frei von jedem Zwang.

Um sich selbst positiv zu definieren, wird ein böser Anderer imaginiert. Der vor zwei Jahren verstorbene Rassismus-Theoretiker Stuart Hall sagte mal, dass die weißen Engländer nicht deshalb rassistisch seien, weil sie die Schwarzen hassen, sondern weil sie ohne die Schwarzen nicht wissen, wer sie sind. So wie der jamaikanisch-britische Soziologe Hall es beschreibt, kommt man sich als Türke in Deutschland – trotz aller Probleme, die einem das Leben im Alltag unheimlich schwer machen – irgendwie nützlich vor!

Ein klares Nein zu den Plänen der Vonovia

Wir wollen bleiben

Keine Verdrängung aus der Holsteiner Straße

Traudel Kassel

Herr Hacıkerimoğlu – Sie wohnen in der Siedlung in der Holsteiner Straße 165 – 205a in Walle. Die einfachen Häuser mit gut 40 Wohnungen sind vor Jahrzehnten gebaut worden, um Wohnungsnot für Geringverdiener und Erwerbslose zu lindern. Die Häuser waren bis vor einigen Jahren im Besitz der Bremischen, wurden während der Privatisierungswelle in Bremen an die Vitus-Gruppe verkauft.

2014 hat die Deutsche Annington/Vonovia diese übernommen. Jetzt versucht Vonovia, die Mieter herauszudrängen, um die Häuser abreißen zu lassen und teure Wohnungen im aufstrebenden Walle zu bauen. Aber erst mal zu Ihnen und den übrigen BewohnerInnen der Siedlung Holsteiner Straße ...

Seit wann leben Sie und Ihre Familie hier in der Siedlung?

Ich lebe mit meiner Frau, meinen sechs Kindern sowie meiner Schwiegermutter in zwei Wohnungen seit 15 Jahren. Also mit drei Generationen. Im selben Block wohnen meine Eltern mit einem Bruder von mir so wie in einer anderen Wohnung ein Bruder mit seiner Frau und Kind. Meine Eltern leben seit 36 Jahren in der Holsteiner Straße 203, wo ich vor meiner Hochzeit auch gelebt habe.

Die meisten BewohnerInnen der Holsteiner Straße sind Gastarbeiter in der dritten Generation, haben bei AG Weser, Klöckner, Mercedes, Nordmende und der Deutschen Bahn gearbeitet. In unserer Familie sind Erzieher, Schlosser, Studenten und Friseure vertreten.

Was bedeutet die Siedlung und das Umfeld für Ihre Familie und die meisten übrigen BewohnerInnen?

Die Wohnungen sind klein und nicht sehr komfortabel, aber das Umfeld ist ideal für Familien mit Kindern und Leben mit mehreren Generationen. Auf dem grünen Gelände um die Häuser gibt es gefahrlose ideale Spielmöglichkeiten für die Kinder ohne Straßenverkehr, Sitzplätze vor den Häusern, wo oft zusammen Tee getrunken oder gegrillt wird. In kleinen gepflegten Gärtchen wachsen die Weinblätter, die wir für Dolma (gefüllte Weinblätter, die Red.) brauchen. Gute Kita und Schule sind nah. Gegenseitige Unterstützung ist selbstverständlich, mit fast allen BewohnerInnen. Besorgungen, Behördengänge, manchmal auch Hilfe bis hin zu Pflege. Das alles nützt den Kindern und den Alten, die hier verwurzelt sind. Es ist vieles da, was wir woanders so nicht mehr hätten – ein Stück zweite Heimat.

Der Zusammenhalt und das gegenseitige Vertrauen ist das Besondere hier. Dafür setzen sich viele Menschen hier aktiv ein. Das ist manchmal auch ein hartes Stück Arbeit, aber die Mühe lohnt sich.

Das hört sich fast nach einer Idylle mitten in einer großen Stadt, in der so viele sich nur um sich selber kümmern und nichts vom Nachbarn wissen wollen ... Gibt es nicht auch Schwierigkeiten in der Siedlung?

An den Wohnungen müsste einiges gemacht werden, bessere Fenster, Warmwasser, Duschen. Vieles haben die Menschen hier schon selbst gemacht. Vor allem aber müssten alle durch Tod oder Wegzug von Mietparteien frei gewordenen Wohnungen wieder vermietet werden. Das wird schon seit Jahren nicht mehr gemacht. So stehen Wohnungen mit guter Bausubstanz leer und drohen zu verfallen. Dabei werden die ungefähr 20 Wohnungen doch dringend gebraucht, und es gibt konkrete Anfragen.

In diesem Jahr ist dann viel passiert – was hat Vonovia vor?

Vonovia hat die Mietparteien einzelnschriftlich zu sich bestellt mit dem Ziel uns zum Auszug zu bewegen. Wir könnten in andere Siedlungen der Vonovia einziehen. Zunächst dachten wir, dagegen können wir als Mieter nichts machen, aber dann kam unerwartete Unterstützung unter anderem vom Aktionsbündnis „Menschenrecht auf Wohnen", das von unserer Situation erfahren hatte. Wir haben eine erste und später eine zweite Mieterversammlung organisiert. So haben wir beschlossen, uns nicht vertreiben zu lassen und an die Öffentlichkeit zu gehen.

Schließlich wurde im Mai ein großes Nachbarschaftsfest organisiert, um unser Anliegen breiter bekannt zu machen. Dort wurden die Gäste aus der Nachbarschaft nicht nur mit selbstgemachtem Gebäck, mit Grill-Würstchen, Salaten und Getränken bewirtet. Es gab Spiele für Kinder, Musik und Tanz. Und natürlich viele Gespräche mit Nachbarn und ehemaligen Bewohnern.

Im Mittelpunkt stand aber unsere öffentliche Erklärung:

Achtung – die Vonovia will uns vertreiben! Helft uns – wir wollen bleiben!

25 Männer, Frauen und Kinder standen auf der Bühne, als die Erklärung verlesen wurde. Für diese Erklärung werden auch Unterschriften gesammelt, die den Behörden übergeben wurden und werden.

Von wem haben Sie Unterstützung erfahren – und von wem nicht?

Vor allem mit Rat und Tat vom Aktionsbündnis „Menschenrecht auf Wohnen". Im Beirat Walle gab es einen Beschluss, dass die Wohnungen erhalten und saniert werden sollten. Konkret unterstützen uns Beiratsmitglieder der Linken. Leider hat der Weser Kurier nur am Rande über unser gelungenes Nachbarschaftsfest berichtet. Und gar keine Unterstützung haben wir bisher von der Behörde für Bau und der Sozialbehörde bekommen. Und auch nicht von der Vonovia. Dabei ist uns klar, dass uns niemand eine bezahlbare Wohnung für neun Menschen einer Familie vom Kleinkind bis zu den Großeltern in einem intakten Umfeld anbieten kann.

Wie geht es weiter?

Wir werden bleiben. Wichtig ist dafür, dass wir uns auch weiter um Unterstützung in der Öffentlichkeit bemühen. Dazu gehört auch, Verbindung zu den Menschen in den anderen Siedlungen mit Einfach-Wohnungen haben. Sie haben die gleichen Probleme wie wir, auch zur Vernetzung der Vonovia-Mieter, die sich gegen Mieterhöhungen wehren.

Es darf einfach nicht sein, dass ein großer Konzern Menschen aus ihren Wohnungen und ihrem Lebensraum verdrängt. Politik und Medien in Bremen müssen sich dafür einsetzen, dass die Vonovia unsere Häuser saniert und die leer stehenden Wohnungen wieder vermietet.

Der Zusammenhalt der Mieter zeigte sich im Mai bei einem großen Nachbarschaftsfest.

Notizen aus Norditalien

Bettina Weise

In dem Gebiet B. (Norditalien) nimmt die Bevölkerung nicht zu, sondern ab, der Altersdurchschnitt ist hoch, die Hälfte der Häuser und Wohnungen in den Dörfern steht leer. Ab- statt Zuwanderung. Niedrige Geburtenrate. Hohe Suizidrate. Da fragt man sich, wie kann man „frischen Wind“, junge Leute, Leben und Ideen hierher bringen, wie kann man das mal di vivre abwenden, das sich ausbreitet. Wer kommt freiwillig her und lässt sich nieder? Wenige. Also warum nicht die ermutigen, die nicht freiwillig und zahlreich gekommen sind? Könnte das eine Option sein?!

Nur indirekt zum obigen Thema passend ist das, was ich noch erzählen möchte. Es steht jedoch mit der „Not an Neuem“ (neue Werte, neue „Nachbarn“, neue Zusammenlebensformen, neue Kooperationen …) in Verbindung.

Murales – Wandmalerei

In M. ist an einer mit allen Spuren des Alters versehenen Mauer der ehemaligen Baumwollspinnerei und –weberei ein Murales entstanden. Die zwei jungen Autoren und Street-Art-Künstler haben in ihrer Konzeption die aktuelle Nutzung (An- und Verkauf von Rohwolle aus der Region bzw. dem Inland, verschiedene Projekte und Kooperationen rund um das Thema Wolle) und Geschichte dieser Fabrik berücksichtigt. Das Murales stellt die drei Parzen oder Moiren (Schicksalsgöttinnen) dar, die unterschiedlich gekleidet sind. Die erste trägt Kleidung aus Baumwolle (Bezug zur 1. Nutzung der Fabrik), die Kleidung der zweiten ist aus Wolle (Hinweis auf die jetzige Nutzung). Die dritte hat einen die Gegenwart symbolisierenden Kapuzenpullover an. Die erste hält eine Spindel in der Hand, die zweite bemisst (den Lebensfaden) mit der Hand und die letzte schneidet den Faden (des Lebens) ab. Die Künstler haben im Vergleich zu der griechischen/römischen Mythologie etwas geändert: Ein neuer Faden geht mit dem alten, abgeschnittenen eine luftige, knotenähnliche Verbindung ein. Irgendwie hat sich die Fabrik ins Jahr 2016 hinübergerettet, vielleicht bringt die Zukunft noch weitere interessante Projekte mit sich. Natürlich konnten sich nicht all die Arbeitsplätze mitretten. Was aber zählt, ist, dass die Zukunft trotz allem unendlich viele Möglichkeiten bietet, dass Ideen, Inspiration, Lust auf Neues, kreatives Denken und auch Mut wichtig sind, um „den Faden anzuknoten“. Das hat u.a. diese Zusammenarbeit von Jung und Alt, Indie und Institution gezeigt.

Dazu fällt mir noch der Tipp meiner Freundin M. ein. „Den Film Tomorrow* musst du unbedingt sehen“, hat sie gesagt. Da geht es um eben diese Dinge und andere.

* Regie: Cyril Dion, Mélanie Laurenti

Rente mit dreiundsiebzig?

Wolfgang Bielenberg

Ich hätte darauf wetten können: Noch vor der vollständigen Umsetzung der Rentenalterserhöhung auf 67 (im Jahr 2031) mehren sich Stimmen, die ein noch höheres Ruhestandsalter einfordern. So proklamiert das privatwirtschaftsnahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) – unterstützt von Versicherungswirtschaft und Junger Union (der CDU-„Jugend"organisation) - ab 2041 die Rente ab 73. Begründet wird die Forderung mit der erhöhten Bezugsdauer der Altersrenten – also mit der erhöhten Lebenserwartung der Menschen, die angeblich „zu teuer" wird.

Bis zum Umfallen?

Folgt man dieser nach oben offenen Argumentation konsequent, so dürfen wir uns nicht wundern über eine spätere Forderung nach Einstellung der Rentenzahlungen ab einem bestimmten Alter (wie wäre es mit 80 – oder ist das noch zu frech?) oder die Forderung nach Arbeit bis zum Umfallen (toll, was würde das für Geld sparen: Liquidierung der Deutschen Rentenversicherung und keine gesetzlichen Rentenbeiträge/Lohnnebenkosten mehr!).

Ehrlicherweise muss ich erwähnen, dass das IW die Rentenalterserhöhung nur dann für unabwendbar hält, wenn „nicht stärker privat und betrieblich vorgesorgt wird". Vernachlässigt man die in den letzten Jahrzehnten stark zurückgegangenen Betriebsrenten, so beinhaltet die Aussage die Forderung nach höherer privater Vorsorge. Nicht verwunderlich, dass das unsere Versicherungswirtschaft begeistert unterstützt.

Ich komme zum Kern:

Die Forderung nach einer Erhöhung der Lebensarbeitszeit ist doppelt gefährlich: Zum einen wird kein Mensch, der sich in seinem Arbeitsleben unter den diktierten Arbeitsbedingungen krumm und krank gearbeitet hat, durch die Festlegung eines höheren Renteneintrittsalter gesünder. Er wird bei Arbeitsunfähigkeit in Rente gehen müssen, in Folge dann mit zusätzlich gekürzten monatlichen Zahlungen. Und zum anderen: Wo bitteschön sind denn die zigtausend Stellen für die arbeitsfähigen mehr- und minderqualifizierten älteren Menschen? Zu befürchten ist eine kräftige Steigerung der Anzahl von Arbeitslosengeld-II-Beziehern oder Zwangs-Frührentnern. Die sich schon jetzt abzeichnende Altersarmut wird weiter wachsen.

Diese Armut wird sich nicht durch private Vorsorge auffangen lassen. Gerade gering verdienende Menschen haben nicht das Geld für die Versicherungsprämien. Und der Versicherungswirtschaft ist nach dem Debakel der sogenannten Riesterrente und den in Milliardenhöhe verspekulierten Geldern der Versicherten kaum mehr zu trauen.

Eine gangbare soziale Lösung liegt in der Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung. Das ihr zu Grunde liegende Prinzip des Generationenvertrags – die Einkommen werden zur Versorgung der Nicht-Einkommensfähigen herangezogen – hat sich jahrzehntelang bewährt. Arbeitnehmer und Arbeitgeber zahlen zu gleichen Teilen ein. Und was spricht dagegen, dass bisher nicht berücksichtigte Gruppen der Bevölkerung wie Beamte und Selbstständige in die Versicherung mit einbezogen werden? Und was wäre, wenn alle Arten von Einkommen – wie in der Schweiz - versicherungspflichtig würden? Was, wenn der Anstieg der Produktivität mit eingerechnet werden würde? Die Probleme der Rentenversicherung wären auf Generationen hin gelöst.

Allein, es fehlt der politische Wille. Dem lässt sich in einer Demokratie aber durchaus auf die Sprünge helfen, zum Beispiel bei Wahlen. Rentnerinnen und Rentner haben eine Stimme. Nutzen wir sie.

„Wer Rentner quält, wird nicht gewählt“

Udo Hannemann

Die Rentenpolitik hat in den letzten Jahren eine Entwicklung genommen, die bereits heute und noch mehr in Zukunft die Rentner von der gesellschaftlichen Teilhabe abkoppelt. Dass sich hier etwas ändern muss, ist mittlerweile, auch mit Blick auf die kommende Bundestagswahl, unter aufgeschlossenen Politikern und Gewerkschaftlern Konsens.

Die von Mitgliedern verschiedener DGB-Gewerkschaften und von Sozialverbänden getragene Internetseite „http://www.seniorenaufstand.de“ sollte hinlänglich bekannt sein.

Hier werden die negativen Rentenentwicklungen und die in mehreren Jahren erarbeiteten Argumente und notwendigen Veränderungen ausführlich dargestellt.

Nun wurde im Rahmen dieser Aktion noch einen Schritt weiter gegangen.

„RENTENPOLITIK-WATCH“ will die Orientierung in einer komplexen, schwer durchschaubaren politischen Landschaft erleichtern.

89% der WahlbürgerInnen würden eine Partei, die die Renten kürzen will, nicht wählen! Das hat das Emnid-Institut in einer Umfrage im Februar 2015 ermittelt.

Für die nächste Bundestagswahl im Jahr 2017 sollen deshalb die Positionen der Abgeordneten zu diesem wichtigen Thema klar erkennbar sein.

Auf der Internetseite „http://www.rentenpolitikwatch.de“ stehen fünf Fragen zur Rentenpolitik, die noch zusätzlich erläutert werden:

Frage 1
Lebensstandard im Alter sichern

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das gesetzliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben, wie er vor 1990 erreicht war?

Frage 2
Altersarmut verhindern:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirksame Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?

Frage 3
Erwerbstätigenversicherung:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen gesetzlichen Altersversorgungssysteme zu einer solidarischen Rentenversicherung zusammengefasst werden, in die alle Erwerbstätigen einzahlen?

Frage 4
Finanzierung der Rente stärken

Werden Sie sich dafür einsetzen, die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem z.B. sämtliche nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden und Förderungsbeträge zur privaten Rentenversicherung zukünftig zur Finanzstärkung der gRV umgeleitet werden?

Frage 5
Rentenpolitische Fehler korrigieren

Werden Sie sich dafür einsetzen, fehlerhafte rentenpolitische Entscheidungen zu korrigieren, insbesondere: Riester-Rente, nachgelagerte Besteuerung (z.B. durch höhere Freibeträge), doppelte bzw. nachträgliche Verbeitragung in die Kranken-/Pflegeversicherung, Privatisierung der Berufsunfähigkeitsrente, Zwangsverrentung von Hartz-IV-Empfängern, die immer noch nicht erfolgte Gleichstellung von Ost- zu West-Renten?

Mit einem gleichlautenden Brief wurden alle Bundestagsabgeordnete um ihre Stellungnahme zu jeder Frage gebeten und darüber informiert, dass ihre Antworten öffentlich gemacht werden.

In einer übersichtlichen Tabelle kann man nun, nachdem die ersten Rückmeldungen eintrudeln, die Bundestagsabgeordneten der einzelnen Bundesländer aufrufen und ihre Position (auch im Originaltext) zu den fünf Fragen vergleichen.

rentenpolitikwatch.de

Wer Rentner quält, wird nicht gewählt!

IG Metall Bremen - Tarifrunde 2016

Udo Hannemann

Durch die zunehmende Vernetzung (Industrie 4.0) sind Betriebe durch kurzfristige Arbeitsunterbrechungen stark in ihrer Produktion betroffen. In der IG Metall wurden deshalb neue, flexible Arbeitskampfformen diskutiert. Als neue Kampfform wurde der 24 Stunden Tagesstreik beschlossen, bei dem die IG Metall Mitglieder Streikunterstützung erhalten.

Als Auftakt der Tarifrunde rief die IG Metall am 10.05.2016 alle Großbetriebe in Bremen zu einem Warnstreik auf. Aus der Innenstadt und aus Sebaldsbrück wanderte man bei schönstem Sommerwetter unter lautstarker musikalischen Begleitung zum Kundgebungsplatz auf dem Osterdeich vor der Erdbeerbrücke. Hier gab es für Erfrischungsgetränke und Brezeln für alle sowie anfeuernde Musik der Sambagruppe, die bereits den Zug aus Sebaldsbrück lautstark begleitet hatte.

Von einem zur Bühne umfunktionierten LKW berichteten Kolleginnen und Kollegen aus ihren Betrieben und warum die Forderungen notwendig sind. Dies wurde auch durch die Rede von Prof. Dr. Rudolf Hickel bekräftigt.

Insgesamt war es eine fröhliche, gelungene Veranstaltung mit mehr als 2000 Teilnehmern, die sich auf weitere Aktionen im Rahmen der Tarifrunde einstellten.

Drei Tage später wurde, nach einem Verhandlungsmarathon von 14 Stunden, in Nordrhein-Westfalen der Tarifabschluss vereinbart. Er wurde bei uns im Bezirk Küste übernommen.

Ergebnis in zwei Schritten

Das Ergebnis sieht bei einer Laufzeit von 21 Monaten eine Einmalzahlung in Höhe von 150 Euro für die Monate April bis Juni 2016 vor. Ab 1. Juli werden die Entgelte in einer ersten Stufe um 2,8 Prozent erhöht. Die zweite Stufe folgt dann ab April 2017 mit einer Erhöhung um zwei Prozent.

Samba-Rhythmen und Sonnenschein unterstützten die Streikaktion auf dem Osterdeich, Höhe „Erdbeerbrücke“.

Industrie 4.0
Schlüsseltechnik : RFID

Udo Hannemann

Mit der Nummerierung des „Industrie-Begriffes“ versuchen Arbeitswissenschaftler einen grundlegenden Wandel in der industriellen Produktion zu beschreiben. Die bisherigen Entwicklungsstufen waren folgende:

Industrie 1.0

Die industrielle Revolution begann 1712 mit der Einführung der stationären Dampfmaschine in der Produktion.

Industrie 2.0

Ab 1870 wurden erste hochgelegte Transportbänder verwendet.

Industrie 3.0

Ab 1969 wurde das erste programmierbare Steuerungs- und Planungs- System (SPS) eingeführt.

Industrie 4.0

In den Fabriken werden„Werkstücke und Maschinen intelligent vernetzt“.

Dies bedeutet, dass das Planungs- und Steuerungssystem jederzeit weiß, wo sich die Bauteile befinden und in welchem Bearbeitungszustand sie sich befinden. Es erkennt, welche Maschine gerade über freie Kapazitäten verfügt und wo die Gefahr besteht, dass eine Maschine oder ein Bauteildefekt werden kann.

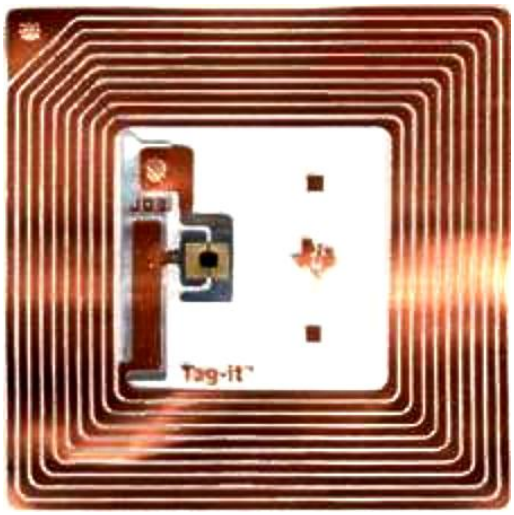
Aus diesen Informationen optimiert sich das System selbstständig. Die hierfür notwendige Schlüsseltechnologie heißt

„Radio Frequenz Identification“ (RFID).

Hierbei handelt es sich um miniaturisierte, elektronische Bauteile, die sowohl Informationen speichern als auch Informationen abgeben können. Die Übertragung der Informationen in beide Richtungen erfolgt hierbei über eine Rundfunkfrequenz.

Jedes dieser Bauelemente hat eine eindeutige Bezeichnung, eine „Identifications-Nummer“ (Id-Nr.) und diese befindet sich in/auf jedem Bauteil.

Maschinen haben diese „ID.Nr.“ bereits in ihrer Maschinenelektronik eingebaut.



Sender, Empfänger und Speicher in einem: RFID-Bauteile werden immer weiter miniaturisiert.

Den ersten Kontakt mit diesen RFID haben die meisten Menschen in Warenhäusern und Supermärkten gehabt. Dort fanden sich plötzlich an Kleidungen und Waren briefmarkengroße Plättchen mit einem Spiralmuster, die dem Diebstahlschutz dienen. Ihre Datenspeicherfähigkeit war anfangs sehr begrenzt. Am Ausgang hat es dann schon mal laut gehupt, wenn diese Bauelemente nach Bezahlen der Ware nicht neutralisiert wurden.

Nun sind die RFID viel kleiner geworden. Es gibt sie als billige Massenware immer noch in Briefmarkengröße, aber auch in der Größe eines Staubkorns - mit dem Auge kaum erkennbar. Ihre Datenspeicher wurden enorm vergrößert.

RFID besitzen heute die Fähigkeit aus einer Entfernung von mehreren Metern mit dem Produktionssteuerungssystem zu kommunizieren.

Wie enorm diese Technologie – noch dazu in Verbindung mit neuen, werkzeuglosen Maschinen – die Arbeitswelt verändert, ist heute kaum vorstellbar.

Gewerkschaften sind dabei, den Technologiewandel und die Veränderungen in der Arbeitswelt im Sinne der Menschen mitzugestalten.

A letter from Ghana

Bernd Krause

Liebe WIR-Redaktion, zum siebtenmal bin ich nun in Westafrika, genauer gesagt in Accra, der Hauptstadt von Ghana - ehemals Goldküste. Das Land ist etwa so groß wie das Vereinigte Königreich. Seit dem 6. März 1957 ist Ghana unabhängig.

Ich bin diesmal mit Bremer Freunden hier bei der Familie meiner Frau. Von der einen Milliarde Menschen Afrikas leben ca. 26 Millionen in Ghana und etwa um die 2,8 Millionen in Accra. Wer glaubt, schon einmal in Afrika gewesen zu sein, nur weil er z. B. Tunesien, Marokko, Ägypten oder gar Südafrika besucht hat, der spricht von fast europäischen Ländern. Hier – im tiefen Afrika - ist alles anders. In Accra, dieser großen weitläufigen Stadt, gibt es nur wenige Hochhäuser, gibt es weder U- noch Straßenbahnen bzw. Buslinien. Der Personenverkehr funktioniert, neben vielen Privatautos, mittels Mamy-Lorries, Kleinbussen mit 14 bis 32 Sitzplätzen oder mit unzähligen Kleintaxis. Alles sehr preiswert, dafür ohne Klimaanlage. Eingekauft wird überwiegend an der Straße oder an Straßenkreuzungen, wo viele Verkäufer alles für den täglichen Bedarf anbieten, von warmen Speisen, kalten Getränken, Telefonkarten, Toilettenpapier, Autozubehör, eigentlich alles. Das meiste wird auf dem Kopf getragen, meistens von Frauen. Neuerdings gibt es einige amerikanisch geprägte Einkaufstempel (Malls). Diese sind natürlich voll klimatisiert, zur Freude vieler bei einer Außentemperatur von meistens 29 bis 39 Grad, auch nachts haben wir nicht unter 25 Grad. Diese hohen Temperaturen sind auch der Grund, warum die Apfelsinen hier grün sind und nicht orangefarben wie z.B. in Spanien. Obwohl hier auch Kaffee angebaut wird, trinken die Ghanaer kaum welchen. Sie frühstücken, so wie wir es nicht kennen. Erst auf dem Weg zur Arbeit kaufen sie etwas zu essen, meistens auch schon warmes Essen. Gegessen wird meistens abends, wenn es dunkel wird. Von fünf Uhr morgens bis abends 18.30

Lebensmittel und vieles mehr: Gehandelt wird auf der Straße.

ist es hell, und zwar das ganze Jahr: Das Nationalgericht Fufu (ein gestampfter Brei aus Maniokwurzel, Yams - die Kartoffel der Afrikaner - und Kochbananen), dazu meistens eine scharfe Okraschoten-Chili-Sauce mit Fisch wird dann gemeinsam gegessen, gerne trinken wir das ghanaische Bier dazu. Fisch gab es hier reichlich, der Golf von Guinea (Atlantischer Ozean) war einmal das fischreichste Gebiet der Erde, bis die riesigen europäischen Fischereifabrikschiffe kamen. Süßwasserfische gibt es auch reichlich so z. B. den Tilapia aus dem Voltastausee, dem drittgrößten und bis heute oberflächengrößten künstlichen Gewässer der Erde. Sehr viele und vor allem sehr gut schmeckende Früchte essen wir fast täglich: Mango, Ananas, Papaya und Zuckerrohr. Neben frisch gepresstem Orangensaft bieten überall am Straßenrand Kokosnussverkäufer ihre frischen Kokosnüsse an, mit bis zu einem halben Liter kühler Kokosmilch für ungefähr 50 Cent.

Ghana exportiert neben Gold und Kaffee vor allem Kakao und Tropenholz, aber auch Musik, in Bremen oft im „Funkhaus Europa“ zu hören. Dann spielen in Europa einige sehr gute Fußballer. Und Ghana stellt für die UN ein großes Kontingent Blauhelmsoldaten zur Verfügung.

Ghana ist ein sehr friedliebender Vielvölkerstaat, es gibt etwa 75 Sprachen und Dialekte, die Amtssprache ist englisch. Wir Bremer haben sehr deutlich festgestellt, dass hier alles „easy going“ geht, also langsamer, es ist einfach zu heiß. Es gibt nichts, was es nicht auch bei uns gäbe. Manchmal natürlich sehr teuer, so kostet beispielsweise holländischer Käse bis zu zehnmal mehr als bei uns. Übrigens haben wir noch keinen Afrikaner rauchen sehen, auch nicht in den wundervollen Biergärten, dort muss man abends etwas vorbeugend gegen die Moskitos tun wegen der Malariaübertragung durch Mückenstiche. Wir Europäer machen vorweg eine Prophylaxe und reiben uns mit Antimückenmilch ein. Aber noch immer ist die Sterblichkeitsrate, vor allem auf dem Lande und bei Kindern zu hoch. In Ghana gibt es Schulpflicht und alle Kinder tragen Schuluniformen.

Wenn wir Touristen nicht immer am Palmenstrand sind - übrigens das ganze Jahr bestes Badewetter - schauen wir uns Sehenswürdigkeiten an, es gibt einen schönen botanischen Garten (Aburi), das Völkermuseum, die vielen Kunst- und Einkaufsmärkte, wo die Frauen in ihren einmaligen wunderschönen bunten Kleider oder Trachten zu sehen sind. Die wunderbar farbintensiven Baumwollstoffe (Waxprints) oder die gewebten Kentestoffe (früher nur von Königen getragen) werden auch überall angeboten und es können sofort Kleider oder Hemden geschneidert werden. Oder wir fahren an der Küste Richtung Elfenbeinküste zu den Sklavenburgen Elmina und Cape Coast Castle, welche zum Weltkulturerbe gehören. Bei der einstündigen Führung durch das Fort wurde uns das große Leid der vielen Millionen Sklaven recht anschaulich erklärt. Hauptsächlich waren Briten, Dänen, Spanier und Portugiesen am Handel mit den Millionen Afrikanern direkt beteiligt. Die deutschen Kaufleute hielten sich raus, fungierten hier aber als Geldgeber für Ausrüstung und Schiffe.

Flüchtlinge gibt es hier auch zu Tausenden, und zwar aus den angrenzenden Ländern wie Nigeria, Togo, Burkina Faso und Mali. Dort geht es der Bevölkerung wirtschaftlich nicht so gut wie hier.

Es ist eine schöne Zeit hier, die Menschen sind immer glücklich und meistens zufrieden. Ich weiß, dass die allermeisten hierhin zurück wollen. Kein Mensch verlässt ohne Not seine Heimat. Gerne komme auch ich wieder hierhin.

Fidel Castro ist 90 Jahre

„Alles Gute und noch viele Jahre in Gesundheit“

Udo Hannemann

Seit 1996 fahren meine Frau und ich nun bereits fast jedes Jahr nach Kuba. Wir reisten kreuz und quer durch das Land. Den normalen Kubanern ist dies kaum möglich. Sie sind nach wie vor arm und der Luxus kommt nur kleckerweise bis in die entlegensten Ecken des Landes.

Es überrascht aber nicht, dass selbst im Humboldt - Nationalpark die Grundschule ihre eigene Fotovoltaikanlage auf dem mit Palmwedeln gedeckten Dach hat. So können die Schülerinnen und Schüler, die überall bis zur 4. Klasse vor Ort bei ihren Eltern unterrichtet werden, über Fernsehen einen Blick in die weite Welt werfen. Auch gibt es diese autarke Stromversorgung im Gemeindehaus und bei den Ärztehäusern.

Verglichen mit den Menschen auf den anderen Karibikinseln oder in den Staaten Mittel- und Südamerikas sínd die Kubaner heute gegenüber 1959 ein gutes Stück vorangekommen.

Und das kann man heute überall erleben. Erste kleine private Betriebe und Händler beginnen das Bild der Dörfer und Städte bunter zu gestalten. Autos aus Europa und China zwingen die Menschen beim Überqueren der Straßen auf ihre Sicherheit zu achten.

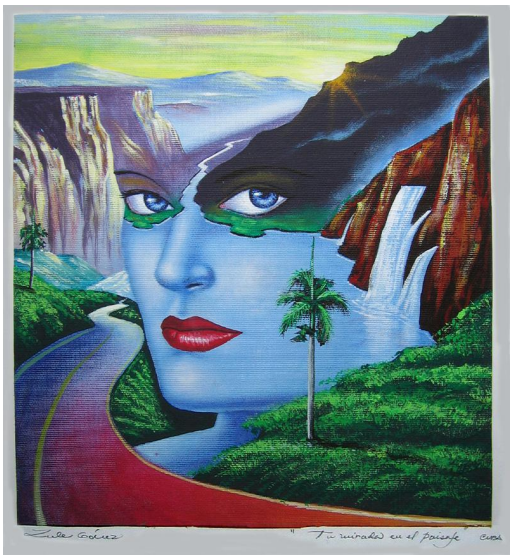
Die existenziellen Dinge – sind selbstverständlich vom Staat garantiert. Die meisten Kubaner bewirtschaften dazu ein Stück Land, auf dem Gemüse und Früchte wachsen. Anders als in manchen vergleichbaren Ländern brauchen die Kubaner ihre Obrigkeit nicht zu fürchten –das war vor 1959 anders.

Der Mangel bleibt aber tagtäglicher Begleiter der Menschen und das Improvisationstalent lässt uns Europäer immer wieder staunen. Aus dem Wasserhahn kommt oft nur an ein paar Tagen in der Woche Wasser – dafür sind Stromsperren seltener geworden.

Überlandfahrten bleiben ein Abenteuer – oft mit umgebauten LKWs. -- Dafür billig.

Es hat sich in den letzten 57 Jahren viel verändert ... zugunsten der Menschen.

Fidel Castro und seine Freunde haben dafür die Voraussetzungen geschaffen ...



Ölbild nach kubanischer Art; unten: von den Bewohnern angelegte Gemüsegärten.

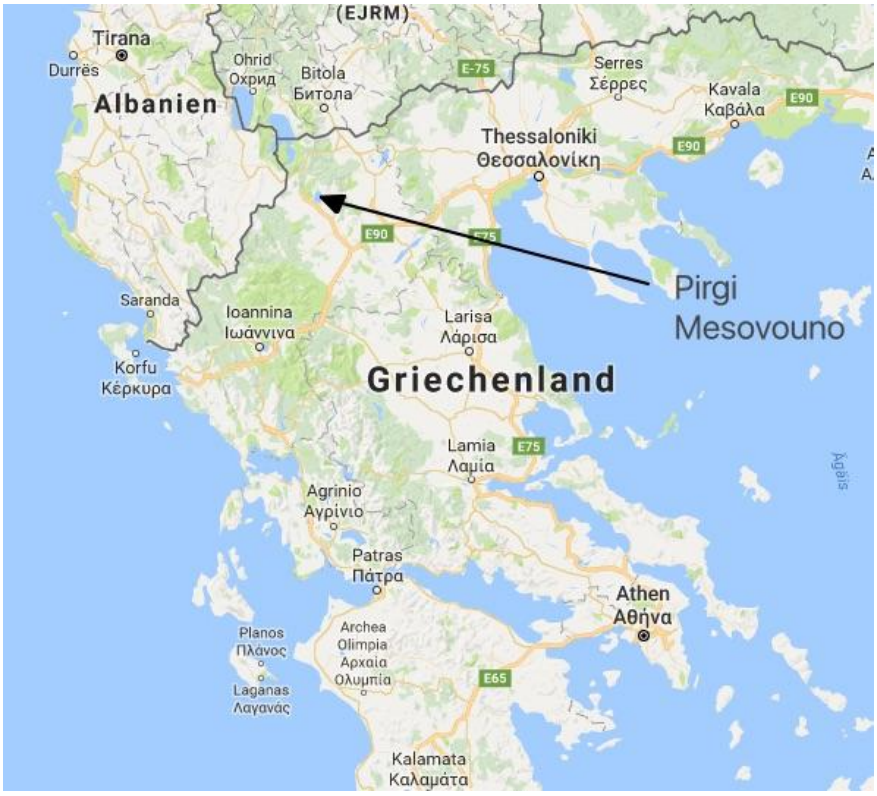
„Erinnern für Toleranz“

Ein deutsch-griechisches Schülerprojekt

APRIL 1944

Deutsche Wehrmachtseinheiten brennen die Dörfer Pirgi und Mesovouno im Norden Griechenlands nieder. Die Soldaten erschießen die Männer, sperren Frauen und Kinder in Gebäude und lassen sie bei lebendigem Leib verbrennen. Über 600 Menschen werden ermordet, nur wenige Dorfbewohner entkommen in die Berge.

In Griechenland begingen die deutschen Besatzer von 1941 bis 1944 viele solcher Massenmorde. 1770 Dörfer wurden niedergebrannt. Mit den Massakern



Pirgi und Mesovouno sind nur zwei von 1770 griechischen Dörfern, in denen die deutschen Besatzer Kriegsverbrechen begingen.

In Griechenland nicht nur als steinerne Mahnmale gegenwärtig: die Erinnerung an die Schrecken der Nazi-Okkupation.

gegen die Zivilbevölkerung sollte der griechische Widerstand gebrochen werden. Grundlage hierfür war der sogenannte Sühnebefehl, die Weisung des Oberkommandos der Wehrmacht zur Partisanenbekämpfung:

„Der Führer hat nunmehr angeordnet, daß überall mit den schärfsten Mitteln einzugreifen ist, um die Bewegung in kürzester Zeit niederzuschlagen […] Als Sühne für ein deutsches Soldatenleben muß in diesen Fällen im allgemeinen die Todesstrafe für 50 bis 100 Zivilpersonen als angemessen gelten. Die Art der Vollstreckung muß die abschreckende Wirkung noch erhöhen.“[1)]

Die Gräueltaten wurden jahrzehntelang verschwiegen und verdrängt, die verantwortlichen Offiziere gar nicht oder nur zu Haftstrafen verurteilt, die nach drei bis vier Jahren erlassen wurden. Erst Ende der 80er Jahre wurde mit der wissenschaftlichen Aufarbeitung begonnen. Die betroffenen Orte erhielten den Titel Märtyrerdörfer oder –städte.[2)]

JANUAR 2016

Griechische Schülerinnen und Schüler aus dem Gebiet der Märtyrerdörfer Pirgi und Mesovouno besuchen auf Einladung der Integrierten Gesamtschule Osterholz-Scharmbeck Deutschland. Im Rahmen eines Projekts mit drei griechischen Schulen sollen sich die Jugendlichen im Alter von 15 bis 17 Jahren in gegenseitigen Besuchen mit der Geschichte auseinandersetzen. Dabei werden nicht nur Zeitzeugen befragt und Patenschaften übernommen. Ein Ziel ist die Planung und Einrichtung einer Gedenkstätte auf einem Hügel zwischen den Dörfern. Dort werden selbstgefertigte Tontafeln mit den Namen der 600 Opfer in griechisch und deutsch aufgestellt. Zusätzlich wird ein Wald aus 600 Bäumen gepflanzt, der die Opfer symbolisch weiterleben lassen soll.

In diesem Jahr hat auch schon die erste deutsche Schülergruppe Griechenland besucht - die ersten Tontafeln sind gebrannt, die ersten Bäume wurden gepflanzt. Ein beispielhaftes Projekt, in dem nicht nur die eigene Geschichte kennengelernt und aufgearbeitet wird sondern auch ein lebendiger Beitrag zur Verständigung zwischen griechischen und deutschen Jugendlichen geleistet wird. Vorurteile werden abgebaut, es entstehen Freundschaften, die stärker sind als die vorherrschenden Konflikte.[3)]

Kontakt: *trifonk@web.de*

Wolfgang Bielenberg

Anmerkungen
1) https://de.wikipedia.org/wiki/Kriegsverbrechen_der_Wehrmacht#S.C3.BChnebefehl
2) https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Gemeinden_Griechenlands
3) Das Projekt entstand auf Anregung des Deutsch-Griechischen Kulturvereins Delmenhorst „Dialogos“.

Oh, wie schön ist Panama ...

heißt Janoschs schönes Kinderbuch

Es ist was faul im Staate Dänemark ...

heißt es in Shakespeares Hamlet

Traudel Kassel

Eines schönen Tages machten sich vermehrt Menschen auf den Weg ins schöne Panama weit weg auf der anderen Seite des Ozeans – ein Land der Sehnsucht. Es sollte dort nicht nur warm und angenehm sein, sondern man sollte dort auch Geld in Briefkästen stecken können, auf denen nur ein Firmenname steht. Alsbald würde das Geld dort wunderbare Eigenschaften entwickeln und niemand im eigenen kalten unfreundlichen, von unangenehmen Zeitgenossen wie Finanzbeamten und Steuerprüfern bevölkerten Heimatland würde davon erfahren. Denn diese gierige Sorte Mensch hat die Eigenschaft von anderen Geld einzutreiben, um es über den Umweg einer völlig überflüssigen Verwaltung für sogenannte öffentliche Aufgaben zu verplempern: Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Polizei, Straßenbau, Müllabfuhr, Lebensmittelkontrollen oder Sozialleistungen – alles so ein Kram, den kein wirklich wichtiger Mensch braucht.

Man will ja was vom Leben haben

Bedeutsame Konzerne oder Unternehmen mit klangvollen Bezeichnungen wie Hedgefonds oder Private Equity Fonds, die zum Beispiel mit der Altersvorsorge von Hunderten Millionen lohnabhängigen Menschen spekulieren, nutzen schon lange solche lustigen Briefkasten-Firmen, um Steuern zu sparen. Bringt ja viel mehr als sein Geld zur Sparkasse zu bringen, wie es die einfachen „kleinen Leute“ machen.

Zum Glück gibt es solche Briefkästen nicht nur in Panama, sondern auf vielen netten kleinen Oasen wie den Bahamas, Jersey, Cayman-, Jungfern- und vielen anderen kleinen Inseln oder sogar in Staaten in Europa wie Luxemburg oder Deutschland oder in den USA in einigen Bundesstaaten wie Delaware. Da haben sich findige Leute aus Politik, Sport und anderen einträglichen Berufen gesagt: das wollen wir natürlich auch. Schließlich gehören wir auch irgendwie zu den Reichen und Schönen und wollen was vom Leben haben.

Es ist was faul im Staate Deutschland

Das sagten sich einige hochspezialisierte Steuerfahnder in den 90er Jahren in Frankfurt, als das Vermeiden von Steuern und Briefkasten-Firmen so richtig in

Diskreter Hafen für das große Geld: Panama City (Foto: Wikepedia)

Mode gekommen war. Sie hatten nämlich herausgefunden, dass ja nicht jeder einfach so nach Panama und all die anderen schönen Ziele reisen konnte, um Steuern zu „sparen“. Dafür wurden Banken in diesem unserem Lande genutzt, wo feine Anzugträger die Verbindung zu den Briefkasten-Firmen in aller Welt diskret herstellten und von wo viele Millionen D-Mark (die gab es damals noch) ihren Weg in die Freiheit antraten – oder waren es Milliarden? Wie so eine „Task Force“ im Fernsehen trauten sich diese Wagemutigen, Nachforschungen anzustellen, Ärger zu machen und sogar mal mit richtig vielen Leuten eine ehrenwerte Bank zu durchsuchen – einfach so! Ein echter Skandal!

Frankfurts allzu freche Fahnder

Einige Jahre hielt das freche Treiben dieser Task Force an, bis ihnen von politischer Seite und höchsten Stellen ihrer Behörde immer mehr Steine in den Weg gelegt und endlich Mittel gefunden wurden, den erfolgreichsten Vier von ihnen das Handwerk zu legen! Sie wurden als Querulanten gemobbt, kaltgestellt und schließlich durch ein passendes psychologisches Gutachten sogar für verrückt, zumindest aber dienstuntauglich erklärt – und damit aus dem Verkehr gezogen. Endlich war wieder Ruhe eingekehrt!

15 Jahre lang haben die vier wackeren Beamten – verlacht, verleumdet und ihrer beruflichen Existenz beraubt – um ihre Rehabilitierung kämpfen müssen, bis ihnen nach vielen Fehlschlägen ein Gericht schließlich Schadensersatz für das erlittene Unrecht zuerkannte und der Psychologe für sein verhängnisvolles falsches Gutachten zur Verantwortung gezogen und zu einer Geldstrafe verurteilt wurde. War da nicht wirklich was faul im Staate Deutschland?

Zum Glück sind das alles wahre Geschichten und keine Märchen, denn sonst wären die wackeren Steuerfahnder von ihren mächtigen Feinden sicher in Steine oder Tiere verwandelt worden und den bösen Steuerhinterziehern und allen, die ihnen geholfen und sie gedeckt haben, würde wie der Hexe in Hänsel und Gretel ein Verbrennen im heißen Ofen oder ein ähnlich schreckliches Ende blühen ...

TTIP, CETA[1] und kein Ende?

Traudel Kassel

Alle reden von TTIP – wirklich alle?

Wer im vorigen Oktober mit Hunderttausenden in Berlin demonstriert hatte, konnte das glauben.

Am 23. April ist es wieder eine unübersehbare Menge von 90 000 Menschen, die nach Hannover gekommen sind, um sich dem Werben von US-Präsident Obama und Angela Merkel für das Freihandelsabkommen TTIP lautstark öffentlich zu widersetzen.

„Nicht in unserem Namen" – so könnte das Motto der Demonstration in Hannover überschrieben sein. Darunter verbirgt sich eine Vielfalt unterschiedlicher Gründe für die Ablehnung der bevorstehenden Freihandelsabkommen. Alle zusammen genommen führen zu einem einzigen Ergebnis, das auf einem Plakat in vielen Sprachen NEIN sagt.

Bauern erwarten eine Bedrohung ihrer Existenz durch die Agrarindustrie und erst recht durch CETA und TTIP. Verbraucherschützer wenden sich gegen Verschlechterung von Lebensmittelsicherheit und Gentechnik.

Andere stellen den weiteren Abbau demokratischer Strukturen in den Vordergrund oder den drohenden weiteren Abbau öffentlicher Daseinsvorsorge für alle Menschen.

Alle Generationen sind vertreten – denn alle würden von einem weiteren Vormarsch profitorientierter Wirtschaft betroffen sein. Sie leiden jetzt schon darunter – von der Wiege bis zur Bahre: Von der Ökonomisierung der Bildung über die zunehmende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bis zur Abwälzung aller Lebensrisiken auf die einzelnen Menschen: Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität, Alter, Pflegebedürftigkeit. Überall wird gefragt, ob es sich „rechnet". Das ist die neoliberale Agenda in Deutschland und in der EU. Wer nicht zahlen kann – egal aus welchem Grund, fällt hinten runter.

Soll das alles noch schlimmer werden?

Das Wissen um diese Zusammenhänge treibt Organisationen und viele Einzelpersonen zu Großdemonstrationen auf die Straße. Aber auch in der Zwischenzeit finden immer wieder kleinere, auch bundesweite Aktionen statt, um Einfluss auf politische Entscheidungsträger auszuüben. Ein Beispiel: im Dezember forderten ca. 80 AktivistInnen im Rahmen einer bundesweiten Aktion Joachim Schuster, Mitglied des Handelsausschusses der EU, dringend auf, sich auf dem bevorstehenden Parteitag aktiv für die „roten Linien" der SPD einzusetzen.

Sind FreihandelsgegnerInnen Fortschrittsfeinde – anti-amerikanisch – empfänglich für rechte Weltbilder? – Nix da! Unter Tausenden Menschen habe ich einen gefunden, dessen Schild vermuten

ließ, dass er nur „den Amerikanern“ die Schuld an den Folgen von TTIP gibt. Er war aber durchaus Argumenten zugänglich, dass Konzerne international agieren und keineswegs TTIP & Co. nur amerikanischen Interessen nützen. Eine Groß-Demonstration bietet eben auch am Rande viele Gelegenheiten, sich mit vielen Meinungen auseinanderzusetzen.

Mir begegnen immer wieder Menschen, die bei einer solchen Großdemonstration zum allerersten Mal aktiv werden. Das zeigt, längst nicht alle Menschen sind schon informiert über die Folgen der Freihandelsabkommen. Für eine große Mehrheit ist TTIP nicht mehr als vier Buchstaben. Es ist noch viel an Aufklärung und Diskussion nötig, wenn eine breitere Bewegung dieses und die anderen Abkommen verhindern soll.

Warum ist es so wichtig, auch CETA und TISA[2] mit einzubeziehen?

CETA steht unmittelbar vor der Tür. Es ist zwischen EU und Kanada fertig verhandelt – und alles, was die GegnerInnen an TTIP kritisieren, ist darin schon enthalten: allem voran die private Schiedsgerichtsbarkeit. CETA ist deshalb so gefährlich, weil US- Konzerne selbst bei einem Scheitern der TTIP-Verhandlungen über ihre Niederlassungen in Kanada ihre Interessen gegenüber der EU durchsetzen könnten.

Wenn der Widerstand nicht ausreicht, wird außerdem bei CETA durchexerziert, dass das Abkommen „vorläufig“ von der EU-Kommission in Kraft gesetzt wird, ohne von den demokratisch gewählten Institutionen der Mitgliedsstaaten ratifiziert worden zu sein. Wir schaffen erstmal Fakten – und dann haben sich alle daran gewöhnt! Die Folgen werden sowieso erst später spürbar. Dann ist es zu spät, um noch was zu verhindern.

Werden die Menschen das schlucken? Oder sind die Kräfte, die den Protest bisher tragen, in der Lage noch mehr Widerstand zu organisieren, um das zu verhindern? Was können Klagen gegen undemokratische Verfahren bewirken? Wie können wir selbst attac, Greenpeace, Gewerkschaften, Campact auch außerhalb der Massenaktionen unterstützen?

Sind Politiker innerhalb der SPD dabei eine Hilfe? Die Privatisierungspolitik in Deutschland wird seit langem von der SPD mitgetragen. Eine Abkehr von dieser Politik ist nicht in Sicht. Darum lavieren manche Politiker zwischen Kritik und Unterstützung. Es gilt, sie zu eindeutigen Stellungnahmen zu den strittigen Fragen von CETA und TTIP zu bringen.

Der Konflikt um die Freihandelsabkommen CETA und TTIP bleibt spannend. Am 17. September wurde in sieben deutschen Großstädten demonstriert. Aus Bremen wurde für Hamburg mobilisiert.

1) Comprehensive Economic and Trade Agreement (deutsch: Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen)
2) Trade in Services Agreement (deutsch: Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen)

Krieg der Erinnerungen

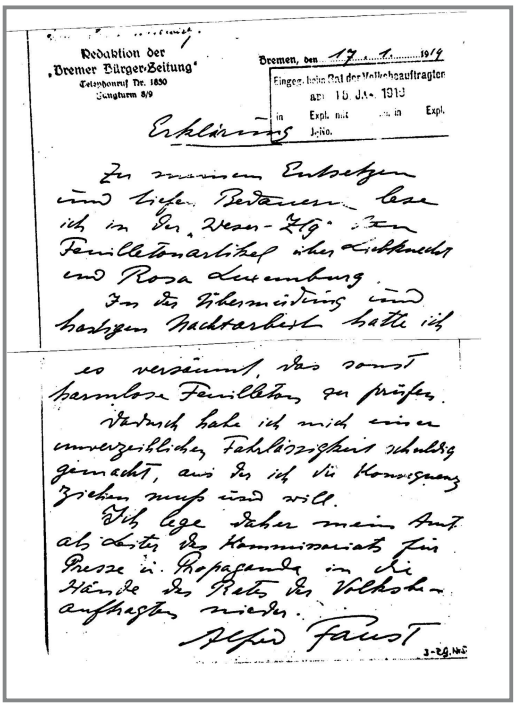
Von Ahrensbök über New York nach Auschwitz und zurück
Ein Buchprojekt von Jörg Wollenberg

Margot Müller

Anlässlich seines 80. Geburtstags gibt Prof. Jörg Wollenberg einen großformatigen, anspruchsvoll gestalteten, farbig reich bebilderten Doppelband mit Beiträgen und Spurensicherungen aus seiner Arbeit von 50 Jahren heraus. Sie dokumentieren sein geschichtspolitisches und pädagogisches Engagement in der Weiterbildung und deutschen Zeitgeschichte. Unter Einbeziehung von Zeitzeugen als Subjekten der Aufklärung und am Beispiel von Exkursionen und Auslandsreisen werden Etappen und Fehlwege der deutschen Geschichte vorgestellt und es kommen Konzepte und Hoffnungen für ein „anderes Deutschland“ zu Wort.

Herbert Breidbach und Hermann Prüser 1984 in Buchenwald

In seinem Heimatort Ahrensbök wurde J. Wollenberg 1945 als Achtjähriger Zeuge des Todesmarsches der KZ Häftlinge aus Auschwitz. Diese Erfahrung hat ihn nicht wieder losgelassen, und im Mittelpunkt seiner Arbeit als Hochschullehrer in Bremen und Mitarbeiter von Volkshochschulen und Gewerkschaften stand die Aufklärung darüber, aus welchen längst vor 1933 wirksamen Ideen und Interessen die Machteroberung der staatsverbrecherischen Politik des „Dritten Reichs“ resultierte – und welche nachhaltigen Belastungen sich daraus bis heute ergeben. Immer in produktitver Zusammenarbeit mit Überlebenden des Holocaust, Zwangsarbeitern, Männern und Frauen des Widerstands und weiteren Zeitzeugen.



Redaktion der „Bremer Bürger-Zeitung“
Fernsprecher Nr. 1850
Sengstarm 8/9

Bremen, den 17. 1. 1919

Eingeg. beim Rat der Volksbeauftragten am 15. JAN. 1919
in Expl. mit in Expl.
Jahrg.

Erklärung

Zu meinem Entsetzen und tiefen Bedauern lese ich in der „Bremer Bürger-Ztg.“ einen Feuilletonartikel über Liebknecht und Rosa Luxemburg.
Trotz der Übersiedlung und harzigen Nachtarbeit hatte ich es versäumt, das sonst harmlose Feuilleton zu prüfen.
Dadurch habe ich mich einer unverzeihlichen Fahrlässigkeit schuldig gemacht, aus der ich die Konsequenz ziehen muß und will.
Ich lege daher mein Amt als Leiter des Kommissariats für Presse u. Propaganda in die Hände des Rates der Volksbeauftragten nieder.

Alfred Faust

Aus der Bremer Räterepublik: Alfred Fausts Rücktrittserklärung vom 17. 1. 1919

Ein Buchprojekt dieser Qualität und dieses Umfangs wird von einem Verlag nur verwirklicht, wenn im Voraus ein Druckkostenzuschuss und eine bestimmte Bestellmenge gesichert sind. Darum werden alle Kolleginnen und Kollegen, die an diesem Werk über Schicksalsjahre der europäischen Arbeiterbewegung interessiert sind, gebeten, es möglichst bald verbindlich zu bestellen. Der reduzierte Preis beträgt 50,- €.

Bestellung per E-Mail an
wollenberg@uni-bremen.de oder per Brief
an Bleicherstr. 10 28203 Bremen
Überweisung von 50,- € für Vorbestellungen des Doppelbandes auf das Konto von
Jörg Wollenberg
IBAN DE45 2905 0101 0012 138681
BIC SBREDE22xxx

Leserbriefe

Zum Artikel aus „Golden City - Eine Bremer Hafengeschichte" (Ausgabe 27|2016)

Herzlichen Dank für diesen tollen Artikel. Durch Zufall bin ich als Metaller an die „Wir“ gekommen. 1943 geboren und in Walle in der erwähnten Elisabethstraße aufgewachsen. Bin in St.Marien und am Pulverberg zur Schule gegangen.

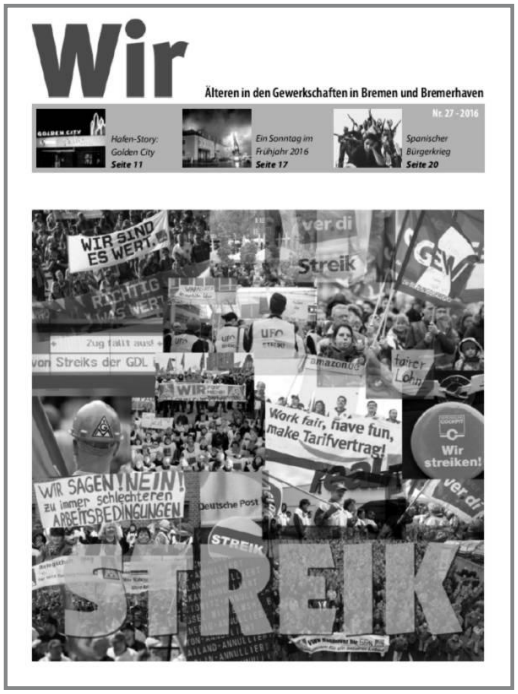
1958 habe ich bei Meyerdiercks in der Emderstraße eine Lehre als Segelmacher begonnen. Jeden Tag mussten wir in die Häfen. Wir haben Anfang der 1960er den Aufschwung im Bremer Freihafengebiet voll erlebt. Der Artikel brachte mich in meine Kindheit und Jugendzeit zurück. Mit allen den genannten Stationen hatte ich bedingt durch meine Lehre und später als Taxifahrer mit Standplatz gegenüber dem „Golden City“ zu tun.

Von 1969 bis 2012 lebte ich in Bayern und seit 2013 bin ich in Hamburg. Seitdem habe ich meine Heimatstadt öfter besucht, zuletzt am 29.6.2016 zu einer Hafenrundfahrt mit den Senioren der IG Metall Hamburg.

Die Veränderung Bremens insbesondere am Wasser (Aufschüttung des Überseehafens) haben mich traurig gemacht. Vieles ist nicht mehr wieder zu erkennen.

Deshalb nochmals vielen Dank für den wunderbar recherchierten Artikel.

Heinz-Dieter Strutz



Zu Ausgabe 27|2016

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Tage ist mir mal wieder die Mai-Ausgabe eurer WIR in die Hände gekommen – und ob es an der anregenden Aufmachung (Titelblatt) gelegen hat (?), jedenfalls fiel mir ein, dass man, wenn man etwas gut findet, das auch mal ausdrücken sollte.

Es sind eine Reihe von Beiträgen, die ich von meinem Interesse her sehr gut fand, aber hervorheben will ich die Beiträge zu Streik und Streikrecht von der Redaktion und Traudel Kassel. In dem Zusammenhang: Schönen Gruß an Pippi Langstrumpf.

Alles Gute wünsche ich euch für weitere kritische Berichte. Mit freundlichen und kollegialen Grüßen

Alfred Klose
Redaktionen SENF und Radio Flora
Hannover

Impressum

Die Zeitung wird gefördert durch GEW Bremen, IG Metall Bremen und ver.di Bremen. Über weitere MitarbeiterInnen würden wir uns freuen. Auch Kritik und Anregungen sind uns willkommen.

Herausgeber und Kontakt:
Arbeitkreis DGB-SeniorInnen Bremen
c/o Gerd Bohling
DGB-Haus Bremen
Bahnhofsplatz 22–28, 28195 Bremen

Druck:
Die Senatorin für Kinder und Bildung

RedaktionsmitarbeiterInnen:
Wolfgang Bielenberg (GEW), Detlef Dahlke, Hugo Köser, Hermann Wilkening (IGM), Traudel Kassel, Inge Markowsky, Margot Müller, Bernd Krause, Günther Wesemann, Dieter Tarnowski †, Brigitte Wilkening (ver.di)

V.i.S.d.P.
Manfred Weule
Redaktionsadresse:
Bildungsvereinigung Arbeit und Leben
Tel. 0421 / 960 89 12
E-Mail: m.weule@aulbremen.de

SA 1. Oktober • 14 Uhr • Hanseatenhof

Da sieht man sich.

Nach dem Beschluss der Vereinten Nationen (UNO) vom 19. Dezember 1990 findet jedes Jahr weltweit am 1. Oktober der **Tag der älteren Generation** statt. In Bremen öffentlich auf dem Hanseatenhof zum ersten Mal am 1. Oktober 2010, wir feiern also in diesem Jahr zum siebten Mal.

Dieser Tag soll die älteren Menschen und deren spezifische Lebenssituationen ins Zentrum der Aufmerksamkeit stellen. Gleichzeitig soll er ein Zeichen für eine weltweite Solidarität zwischen den älteren Menschen sein, die in den verschiedensten Nationen, Völkern und Kulturen unter unterschiedlichsten Bedingungen leben und altern. Der Tag soll zugleich ein Appell für die Solidarität zwischen den verschiedenen Generationen, zwischen Alt und Jung sein. Denn wir leben zusammen, nicht allein und wir können nur mit- und voneinander leben und lernen.

In Bremen beteiligen und präsentieren sich bis zu 35 verschiedene Organisationen auf dem Hanseatenhof, es werden Sketche, Musik, Kabarett und Reden gehalten. Verschiedene Frauen und Männer übernahmen die Schirmfrau- und -herrschaft. Und wir hatten auch verschiedene Themen. So z.B. im Jahre 2010 zur massiven Gesundheits-„reform“ des damaligen Bundesministers für Gesundheit Rösler, 2011 „Gegen den Sozialabbau und die Auswüchse in der Gesundheitspolitik", 2012 „Brücken bauen zwischen Jung und Alt - gerechte und soziale Politik für alle Generationen", 2013 „Gegen Altersarmut - Für ein Leben in Würde" und im Jahr 2014 „Wohnen selbstbestimmt und bezahlbar". Der letzte 1. Oktoberhatte unter der Schirmfrauschaft von Frau Prof. Annelie Keil das Motto „Für Pflege und Gesundheit im Alter“. In diesem Jahr wird Altersarmut im Mittelpunkt stehen. Da Regierung und auch Parteien viel zu wenig oder gar nichts für uns Rentnerinnen und Rentner machen, sind hier unsere Gewerkschaften gefordert. In der IG Metall läuft bereits eine Kampagne dagegen. Ab Herbst bis zu den Wahlen im Herbst 2017 wird ver.di sich dieses zum Hauptthema machen.

Altersarmut per Gesetz - Solidarische Rente jetzt.

Organisiert wird alles von einer Planungsgruppe der DGB-Gewerkschaften, an den Aktionen beteiligen sich aber auch Sozialverbände, Rentenversicherung, Arbeitnehmerkammer, Parteien, Kirchen und andere.

Die Veranstalter freuen sich über eine große Beteiligung, denn diese Vielfalt ist unsere Stärke und unser gemeinsames und solidarisches Handeln macht uns stark. Übrigens war das Wetter bisher immer uns wohl gesonnen.

Also, sehen wir uns am Samstag, 1. Oktober ab 14.00 Uhr auf dem Hanseatenhof.

Bernd Krause